

Weiße Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Partei-Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM
mit Zutragen; einzelne Nummern 15 Pf.
Gemeinde-Verbands-Girokonto Nr. 3:
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 408
Poststelle Dresden 12548

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrates zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Postkarte 20 Reichspfennige, Eingesandt und
Reklamen 50 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Uehne. — Druck und Verlag: Carl Uehne in Dippoldiswalde.

Nr. 245

Montag, am 20. Oktober 1930

96. Jahrgang

Vertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Endlich war nach einer Reihe verregneter Sonntage dem gestrigen wieder einmal heller Sonnenschein beschenkt. Zwar zogen am Nachmittag dichte Nebelwolken aus dem böhmischen herauf und umwölkten die Spizien des Geisings, des Käblebergs und des Gaffelbergs, sie drangen aber nicht weit herab. So fand denn gestern unser Osterzgebirge reichen Fremdenstrom, viele Wanderer, die die in herrlichster Laubfärbung prangende Gegend durchstreiften, aber auch viele Kirmesgäste, war doch an verschiedenen Orten Kirchweih. Die Eisenbahnzüge waren gut, teilweise sehr gut besetzt, die Wagen der Autolinien teilweise überfüllt. Auch der Privakraftwagen-Verkehr war sehr stark. Alles wirkte sich ohne Unfall ab. Die zeitig einbrechende Dunkelheit führte den Großteil der Gäste schon wieder früh in ihre Heimat zurück.

Gestern gegen 11 Uhr wurde auf Dippoldiswalder Flur, nahe der Stadtgrenze gegen Paulsdorf, unterhalb des Bunnerischen Pachtwaldes die Leiche der Erna Schreckenbach aus Kesselsdorf aus der Talsperre geholt, polizeilich aufgehoben und nach der Totenhalle des hiesigen Friedhofs gebracht. Wie wir schon berichtet haben, wurden verschiedene Sachen des Mädchens vor etwa acht Tagen in der Nähe des Seeblick aufgefunden, so daß man schon damals annehmen mußte, daß das Mädchen den Tod in der Sperr gesucht hat.

Dippoldiswalde. Am Bismarckplatz, dicht am Hauseingang der Superintendentur, stand ein alter Birnbaum, dessen Stamm eine ganz beträchtliche Stärke aufwies. Die nach Norden ragenden Äste waren abgestorben, von den anderen Astern und Zweigen fiel das Obst immer zeitig herab, an eine gewinnbringende Ernte war nicht zu denken. Man legte dem Baum daher die Axt an die Wurzel. Noch in der Dunkelheit wurde heute früh mit dem Umlegen begonnen, um den Verkehr nicht zu stören. Gegen 7 Uhr war der Stamm, den man nach dem Bismarckdenkmal zu über die Bahnhofstraße stürzen mußte, schon zur Seite geräumt. Die Stadtmauer ist wieder ein weiteres Stück freigelegt, nachdem vor kurzem der Ruhbaum im Wallgang des Schlosses gefallen ist.

Dippoldiswalde. Nächste Mütterberatung Dienstag am 21. Oktober, nachmittags von 2-3 Uhr, im Diafonat. Nächste Tuberkulosenberatung Mittwoch, am 22. Oktober, vormittags von 1/2-10-1/2-12 Uhr, im Bezirkshaus (Gartenstraße).

Kreischa. Der Gleisneubau der Lößnitztalbahn, der vor Jahren von hier aus begonnen und vor reichlich 2 Monaten von Lößnitz aus in Richtung Niederdöbel fortgesetzt wurde, schreitet infolge der günstigen Witterung gut vorwärts. In der diesjährigen Bauperiode sind die Gleise, die nachdem sie annähernd 25 Jahre bensicht worden sind, in erheblichem Umfang reparaturbedürftig geworden waren, in Lößnitz zwischen der Straßentrennung am unteren Gasthof und der Umfahrweiche bei der Schloßapotheke umgebaut worden. Die weiteren Arbeiten, die auch an der nächsten Zeit bei günstigem Wetter fortgesetzt werden sollen, reichen bereits in Flur Niederdöbel hinein.

Dresden. Die weitere Untersuchung der Ursache des Brandes in der Raditzer Kirche hat nicht mit Sicherheit ergeben, daß die Klempnerarbeiten an dem Turm das Feuer verursacht haben. Da der Brand beim Eintreffen der Wehr und der Polizei bereits weit vorgeschritten war, mußten sich die Angaben über die Entstehung des Feuers auf Vermutungen beziehen. Ob sich dieser Punkt überhaupt einwandfrei wird erklären lassen, ist zweifelhaft.

Dresden. Die Tagesordnung für die 12. öffentliche Sitzung der Landesynode Dienstag, am 21. Oktober, nachmittags 2 Uhr lautet: Erste Beratung über den Antrag des Rechtsausschusses zur Vorlage, den Entwurf eines Kirchengegesetzes über die Belebung der geistlichen Stelle (Pfarrbesetzungsgebot) betreffend.

Dresden. Einen überraschenden Ausgang nahm die Dienststrafverfolgung gegen den Bürgermeister Krusche aus Kleinlaubnitz bei Bautzen, gegen den die vorgelegte Behörde Antrag auf Dienstentlassung gestellt hatte. Der Bürgermeister ist vor einigen Monaten vom Schwurgericht Bautzen wegen fahrlässigen Falscheldes zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Im Gegenzug zum Schwurgericht hat die Disziplinarlammer den Schuldbeweis nicht für geführt erachtet und deshalb unter Zurückweisung des Antrags auf Dienstentlassung auf Freisprechung erkannt. Die Kosten des Verfahrens hat die Staatskasse zu tragen. Nach diesem Ausgang des Dienststrafverfahrens wird der Angeklagte nach der Ankündigung

Reichstagsmehrheit für Brüning

In der ersten Abendstunde fiel die Entscheidung. Nach Beendigung der Aussprache wurde folgender Antrag mit 318 gegen 236 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen:

„Der Reichstag nimmt die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis und geht über alle eingereichten Misstrauensanträge, auch die gegen einzelne Minister gerichtet, zur Tagesordnung über.“

Berlin, 18. Oktober.

Der Reichstag beschloß am Sonnabend zunächst in 3. Beratung das Zusatzabkommen zum deutsch-finnischen Handelsabkommen. Die Schlussabstimmung über die Vorlage wurde zurückgestellt. In der dann folgenden

dritten Beratung des Schuldentilgungsgesetzes führte

Abg. Dr. Quaas (Dn.) aus, der Reichsfinanzminister Dietrich habe seine Berechnung zu optimistisch aufgestellt und vor allem nicht die ständig wachsende Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen berücksichtigt. Wenn nach der eigenen Angabe des Ministers die Schuldentlastung am 1. 4. 1931 nicht vermindert sei trotz der Kreuger-Anleihe, so bedeute das, daß die Regierung die Deckung laufender Ausgaben der Zukunft überlässt im Wege der Anleiheaufnahme.

Abg. Feder-Sachsen (Nat.-Soz.) schloß sich der Kritik des Vorredners an der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik an. Der Redner begründete einen Antrag auf schärfere steuerliche Erfassung von Gewinnen aus Börsengeschäften.

Auch die Abstimmungen zu dieser Vorlage wurden zurückgestellt.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) brachte hierauf als Ergänzung zu dem allgemeinen Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinett noch besondere Misstrauensanträge gegen die Minister Dr. Curtius, Groener und Dr. Wirth ein. In der

Fortschreibung der Aussprache über die Regierungserklärung

erlangte Abg. Dörrich (Landvolkspartei) die Abschaffung des Verfaßter Vertrages. Mit der Kriegsschuldtüre müsse aufgeräumt werden. Wenn die Feindverbündete nicht endlich abrücken, dann müßten wir für Deutschland volle Wehrfreiheit verlangen. Wir sitzen unter den hohen Tributaten an das Ausland, aber auch unter der fortwährenden Steigerung der Soziallasten. Der Reparationsantrag Hugenberg könne auch keine Hilfe bringen. Seine Partei werde dem Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinett zustimmen.

Abg. Torgler (Komm.) erklärte, seine Freunde könnten für die nationalsozialistischen Misstrauensanträge wegen der ihnen beigegebenen Begründung nicht stimmen. Sie würden aber den ohne Motivierung eingebrachten deutschnationalen Misstrauensanträgen zustimmen.

Abg. Simpfendorfer (Chr.-Soz. Bd.) führte aus, der Christlich-Soziale Volksdienst betrachte sich nicht als eine Partei, sondern als eine evangelische Bewegung mit dem Ziel, die sittlichen Kräfte der Nation zur stärkeren Entwicklung zu bringen. Der Redner sagte: „Wir gehören zur antimarxistischen Front, aber das Kernstück des Marxismus ist der Materialismus, und den sehen wir als bürgerliche Klassenkampfarei sehr stark auf der politischen Rechten vertreten. Wir lehnen die Unterscheidung „bürgerlich“ und „sozialistisch“ ab.“

Wir sind eine soziale Bewegung und empfinden das Gefühl der Empörung gegen eine Wirtschaftsordnung, die

seines Verteidigers erneut das Wiederaufnahmeverfahren in dem Strafprozeß betreiben.

Dresden. Die Industrie- und Handelskammer Dresden bat das sächsische Ministerium der Justiz, die Staatsanwaltschaften in ähnlicher Weise, wie es in Preußen geschehen sei, anzubhalten, Fälle der Begehung von Scheids ohne Deduktion auf ihre Verfolgbarkeit nach dem Betrugsparagraphen genau zu prüfen. Wenngleich diese Strafvorschrift für die Bekämpfung des erwähnten Missbrauchs nicht immer ausreiche, so sei doch als Mindestes ihre ernsthafte Anwendung in diesem Rahmen zu fordern.

Dresden. Am Sonnabend fand die Zwangsversteigerung des Dr. Bunner gehörenden Grundstücks in der Leisniger Straße statt. Von der neuen Bodengesellschaft in Dresden wurden unter Übernahme von 20000 RM. Hypothek rund 25000 RM. geboten. Der sächsische Schwimmkreis und andere Hypotheken-Gläubiger gingen leer aus.

dem Schwachen alle Lasten aufzubürdet. Der Aufhebung der Notverordnung können wir nicht zustimmen, aber wir wünschen Ihre Verbesserung in vielen Punkten. Die Frage der Einführung eines Arbeitsleistungs- oder Arbeitschulungsjahres muß sofort geprüft werden.

Abg. Abel (Volksnat. Reichsvog.) polemisierte gegen die Nationalsozialisten. Die große nationalsozialistische Fraktion habe nur negativ gewirkt und Effekthabserei getrieben. Gegen den Reichsauswaßminister sei ein Misstrauensantrag eingebracht worden von denselben Leuten, die in den Schicksalstagen des deutschen Volkes den Außenminister im Stich gelassen hätten.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Volkskons.) verfasste eine Erklärung seiner Gruppe, in der es heißt, angesichts der durch jahrelange Misshandlung eingetretene Finanznot müsse der aufgeblühte Verwaltungsapparat rücksichtslos abgebaut werden unter schneidiger Inangriffnahme der Reichsreform. Die bei der deutschen Wirtschaftsnot unerträglich gewordenen Reparationslasten müssen auf dem Wege direkter Revisionsverhandlungen mit den Vertragsgegnern erleichtert werden, da die Voraussetzungen für den Youngvertrag durch die inzwischen eingetretene Wirtschaftskrise in Deutschland durchaus geändert worden sind.

Abg. Hoegner (Soz.) sagte, Straßer habe mit seinen Überreibungen eine Panik-Stimmung verbreitet und die deutsche Wirtschaftslage zu Schwarz geschildert. Die Sozialdemokraten seien einig mit Straßer in der schärfsten Verurteilung des Versailler Vertrages, und sie hätten auch immer die Lüge von der Alleinherrschaft Deutschlands in schärfster Weise verurteilt. National sei nicht, wenn die Nationalsozialisten ein Militärbündnis mit Italien anstreben und dafür die Deutschen Südtirols der nationalen Unterdrückung preisgeben.

Nach diesen Worten entwölften sich bei den Nationalsozialisten lärmische Lärmzonen. Dem Redner werden Zuflüsse gemacht, die auf der linken Seite große Erregung auslösen. Nach einem nationalsozialistischen Ruf gehen einige Sozialdemokraten auf den Vizepräsidenten Esser zu und sagen: „Hören Sie denn nicht, daß der Redner von den Nationalsozialisten mit Mord bedroht wird?“ Als von Nationalsozialisten auf den sozialdemokratischen Abg. Severing gewiesen wird und drohende Zurufe gemacht werden, geht Abg. Severing demonstrativ durch die Reihen der Nationalsozialisten hindurch zur Ausgangstür. Der nationalsozialistische Abg. Heines, der den drohenden Zuruf gemacht haben soll, wurde aus der Sitzung ausgeschlossen.

Die Lärmzonen wiederholten sich, als Abg. Hoegner erklärte, aus den Münchener Untersuchungsausschüssen ergab sich, daß die Nationalsozialisten finanziert würden vom Ausland, von schönen Frauen und von der Großindustrie. Es kam zu stürmischen Aufritten am Präsidentenstuhl. Als Abg. Hoegner fortfahren wollte, riefen die Nationalsozialisten fortwährend laut: „Schluß! Abtreten!“ Der Lärm hielt weiter an, bis Abg. Hoegner unter dem Beifallsapplaus der Soz. seine Rede schloß.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) sagte, wir seien in einem neuen Abschnitt der deutschen Revolutionsgeschichte eingetreten. Die Brünning-Minister, Diktatoren wider Willen, würden die Dinge nicht meistern. Am Wehrproblem schieden sich heute die Geister.

Als dann Graf Reventlow (Nat.-Soz.) scharf gegen die Sozialdemokraten polemisierte und sagt, wenn die Sozialdemokraten es einmal wagen sollten, die Aufhebung des Verfaßter Vertrages zu verlangen, dann würde man aus Frankreich wohl noch ganz andere Dinge über die deutschen Sozialdemokraten erfahren, kam es erneut zu stürmischen Aufritten. Ein Sozialdemokrat ruft: Reventlow, dieser Feigling, hat den Krieg in Berlin verlobt, dieser Drücker-

Borna. In der Nacht zum Freitag fuhr auf der Eisenbahnüberführung in Gnandorf der Monteur Grim der Energie U.G. auf der Heimfahrt von Altenburg mit seinem Kraftwagen aus bisher unbekannten Gründen gegen das Geländer, wurde auf die Straße geschleudert und einige Zeit später in schwer verletztem Zustande aufgefunden. Im Bornauer Stadtkrankenhaus ist der Verunglückte in den Morgenstunden seinen Verletzungen erlegen.

Wetter für morgen:

Im Hochland tagsüber mild, im Gebirge etwas kühler; meist wollig, vorübergehend etwas Niederschlag nicht ausgeschlossen. Winde aus südlichen bis westlichen Richtungen, in freien Gebirgslagen lebhaft, im Hochland möglicherweise etwas aufwühlend.